

301 der Beilagen zu den stenographischen Protokollen des
Bundesrates

B e r i c h t

des Ausschusses für wirtschaftliche Angelegenheiten

über den Beschluß des Nationalrates vom 10. Juli 1969,
betreffend ein Übereinkommen (Nr. 128) über Leistungen bei
Invalidität und Alter und an Hinterbliebene samt Anhang
und Erklärungen der Republik Österreich

Mit der Annahme des vorliegenden Übereinkommens
verpflichten sich die Vertragsparteien eine gewisse
Mindestanzahl von Bestimmungen desselben für sich als
bindend anzuerkennen. Nach der gegebenen innerstaatlichen
Rechtslage erfüllt Österreich diese Bedingung im erfor-
derlichen Ausmaß, und zwar hinsichtlich der Artikel
über Allgemeine Bestimmungen, Leistungen bei Alter und
sonstige Bestimmungen.

Der Nationalrat hat anlässlich der Beschlußfassung
im Gegenstande im Sinne des Art. 50 Abs. 2 B.-VG. be-
schlossen, daß dieser Staatsvertrag durch Erlassung von
Gesetzen zu erfüllen ist.

Der Ausschuß für wirtschaftliche Angelegenheiten
hat die gegenständliche Vorlage in seiner Sitzung vom
15. Juli 1969 in Verhandlung genommen und einstimmig
beschlossen, dem Hohen Hause zu empfehlen, keinen Ein-
spruch zu erheben.

Als Ergebnis seiner Beratung stellt somit der Ausschuß
für wirtschaftliche Angelegenheiten den Antrag, der Bundes-
rat wolle beschließen:

Gegen den Beschluß des Nationalrates vom 10. Juli 1969,
betreffend ein Übereinkommen (Nr. 128) über Leistungen bei
Invalidität und Alter und an Hinterbliebene samt Anhang
und Erklärungen der Republik Österreich, wird kein Einspruch
erhoben.

Wien, am 15. Juli 1969

Dr. P a u l i t s c h
Berichterstatter

Dr. I r o
Obmann